

theuJ Jartaieuin Deutschland

Vom 10. Juni 1945, dem Tag der Geburt der antifaschistisch-demokratischen Parteien, bis zum 7. Oktober 1949, dem Tage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, war ein großes Stück des Weges zur Ausrottung des Faschismus, zur Demokratisierung unseres Landes, zur Entfaltung der Masseninitiative des schaffenden Volkes zurückgelegt. Sichtbarsten Ausdruck fand der Erfolg dieses Kampfes durch die historischen Worte des Führers der Sowjetvölker, Generalissimus Stalin: „Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“ Der antifaschistisch-demokratische Block hat mit seinem Beschluß der Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland einen neuen, großen Schritt in der Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer, friedlicher Grundlage getan.

Am fünften Jahrestag der Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands danken wir der Sowjetregierung, den demokratischen Kräften Deutschlands, insbesondere aber der sozialistischen Arbeiterbewegung den Weg gewiesen zu haben, auf dem unser deutsches Volk zu Frieden und Wohlstand gelangt. Die Politik der Sowjetregierung gegenüber unserem Volk ist die Politik des Marxismus-Leninismus, die konkrete Anwendung der Lehre Stalins über die nationale Frage, die unser Volk zur Einheit, zum Frieden und zum Sozialismus führt.



Auch in den Verwaltungsbetriebsgruppen Agitatorengruppen schaffen

Der Bildung von Agitatorengruppen in den Parteiorganisationen unserer Verwaltungen stehen viele Genossen noch sehr skeptisch gegenüber. Sie verwenden meistens das Argument: „Wie sollen denn diese Agitatoren arbeiten? Im Betrieb haben sie ihren festumgrenzten Wirkungsbereich; sie haben die Möglichkeit, immer auf die gleichen Menschen einzuwirken. In der Verwaltung haben wir es doch hinsichtlich der Besucher mit ständig neuen Leuten zu tun. Und die Arbeit in den Verwaltungsgebäuden selbst ist, lokal gesehen, zu sehr verzettelt. Wie sollen wir da zu einer systematischen Agitation kommen?“

Auch in unseren Verwaltungsdienststellen gibt es Möglichkeiten, die Aufklärung unter der Bevölkerung durchzuführen. Sie wird sich natürlich methodisch von der Arbeit in den Betrieben in manchen Punkten unterscheiden, aber im Inhalt und Ergebnis auf dasselbe hinauslaufen: nämlich wieder neue Menschen an der Durchführung unserer politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu interessieren und sie zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.

An einem Beispiel wollen wir aufzeigen, wie diese Aufgabe mit Erfolg angepackt wurde.

In der Kreisverwaltung Rathenow hat die Parteibetriebsgruppe zwar schon des öfteren die Notwendigkeit der Agitationsarbeit besprochen, aber praktisch noch nichts in dieser Hinsicht unternommen. Die Genossin Herta Quandz, die an einem Kurzlehrgang für Massenagitation, den der Landesvorstand Brandenburg in Ludwigsfelde durchführte, teilgenommen hatte, stellte sich die Aufgabe, eine Agitatorengruppe zu bilden. Sie begann damit, daß sie mit einzelnen Genossen aus verschiedenen Abteilungen sprach und sie von der Notwendigkeit überzeugte, jetzt endlich persönlich an die einzelnen Angestellten der Kreisverwaltung heranzutreten. Sie suchte sich vor allem die Genossen aus, die ihr in den bisherigen Parteiversammlungen durch ihr überzeugendes Auftreten aufgefallen waren, und machte ihnen klar, daß sie auf dieselbe Art auch an Nichtgenossen heranzutreten müßten.

Neun Genossen erklärten sich bereit, als Agitatoren zu arbeiten, so daß nun mit einer systematischen Tätigkeit begonnen werden konnte.

Als erstes wurde von dieser Gruppe innerhalb der Kreisverwaltung eine negative Diskussion über unsere Volkspolizei zerschlagen. Eine Kollegin, die der CDU angehört, hatte in Gesprächen des öfteren geäußert: „Warum sollen wir gegen die Aufstellung eines Söldnerheeres protestieren? Wir tun ja genau dasselbe, nur daß es bei uns Volkspolizei heißt.“ Die Genossin Quandz beauftragte sofort einen der Agitatoren, sich mit dieser Kollegin mehrere Tage persönlich zu unterhalten. Dadurch stellte es sich heraus, daß noch andere Kollegen diese Auffassung vertraten.

In einer zweiwöchigen Diskussion wurde diese Frage anschließend unter der gesamten Belegschaft geklärt. Die Agitatoren hatten mit ihren Argumenten Erfolg. Die Kollegen begriffen, daß unsere Volkspolizei, die aus Werktätigen besteht, zum Schutze unserer Errungenschaften und unserer persönlichen Erfolge da ist, während die Söldnerarmee dazu dienen soll, unsere Republik sowie die Sowjetunion und die Volksdemokratien mit einem neuen Krieg zu überziehen.

Vor allem wurde durch die persönliche Aussprache der einzelnen Kollegen das bisher herrschende Mißtrauen gegen politische Probleme beseitigt, was darin zum Ausdruck kam, daß sich nun laufend Angestellte der Kreisverwaltung mit politischen Fragen an unsere Genossen Agitatoren wandten.